Modellprojekt – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen

2012 – 2014

Dokumentation

Impressum

Herausgeber:
JUGEND für Europa –
Nationale Agentur für das
EU-Programm Erasmus+
JUGEND IN AKTION (JfE)
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
www.jugendfuereuropa.de

Vertreten durch :
Hans-Georg Wicke (JfE)

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik
Deutschland e.V. (IJAB)
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
www.ijab.de

Vertreten durch:
Marie-Luise Dreber (IJAB)

Redaktion:
Christof Kriege (JfE)

Endredaktion und Vorbereitung der Herausgabe:
Frank Peil (JfE)

Fotos:
JUGEND für Europa,
Titelfoto: lama-photography / photocase.de

Gestaltung:
elfgenpick, Augsburg

Bonn, Berlin im März 2015

Das Modellprojekt wurde gefördert von

Jugend in Aktion

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das Modellprojekt wurde getragen von

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION

IJAB Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Das Modellprojekt ist Teil der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland

EU JUGEND-STRATEGIE

und der jugendpolitischen Initiative JiVE

JiVE
Jugendarbeit international – Vielfalt erleben

Inhalt

Ziele und Schwerpunkte des Modellprojekts – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen 4

Aufbau des Modellprojekts – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen 6

Zur Umsetzung des Modellprojekts – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen 7

Baustein 1: Länderspezifische Entwicklungsinitiativen 7

Länderspezifische Entwicklungsinitiativen – Schlussfolgerungen und Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung 12

Baustein 2: Fachkräfteinitiative grenzüberschreitende Mobilität 15

Baustein 2: Eckpunkte einer abgestimmten Strategie zur Fachkräftequalifizierung 18

Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen von Fachkräftequalifizierungen durch politische Rahmensetzungen 18

Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen von Fachkräftequalifizierungen durch die pädagogische Praxis 20

Baustein 3: Interministerielle Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Mobilität 23

Individuelle/ lebenskontext-bezogene Mobilitätshindernisse 24

Anbieterbezogene Aspekte 25

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen 26

Strukturelle Aspekte 27

Politisch gesellschaftliche Aspekte 29

Fazit / Schlusswort 30

Ziele und Schwerpunkte des Modellprojekts – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen

Jungen Menschen stellen sich im Zuge ihres Erwachsen-Werdens Entwicklungsaufgaben, die sie über vielfältige Erfahrungen zu bewältigen lernen. Solche Entwicklungsaufgaben unterstützt das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität in den unterschiedlichen Formaten europäischer und internationaler Jugendarbeit zielgerichtet. Es fördert ihre persönliche Entwicklung, vermittelt Schlüsselkompetenzen und öffnet Räume für Teilhabe und Engagement. Durch die Stärkung der Selbstbefähigung und den Kompetenzerwerb unterstützt es die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen und bereitet auf Herausforderungen im Umgang mit kultureller Vielfalt und mit Fremden vor. Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität im europäischen und internationalen Kontext sind ein wichtiger Baustein zur Bewältigung von Entwicklungsaufgaben, die sich allen jungen Menschen stellen.

Mit verschiedenen Initiativen ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in der Vergangenheit aktiv geworden, allen jungen Menschen das Lernen durch grenzüberschreitende Mobilität in den unterschiedlichen Formaten europäischer und internationaler Jugendarbeit zu ermöglichen. Im Rahmen der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik[1] greift das BMFSFJ u.a. das Thema Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität auf und initiiert von 2012 bis 2014 das *Modellprojekt – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen,* das zugleich in die von Bund und Ländern in Deutschland gemeinsam getragene Um-

1 siehe auch: http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/eigenstaendige-jugendpolitik.html, 20.12.2013, „Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik“: Unsere Gesellschaft braucht die Jugend – ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Potenziale. Das Bundesfamilienministerium startet einen politischen Dialogprozess mit dem Ziel, eine Eigenständige Jugendpolitik in Deutschland zu etablieren. Aufgabe ist es, die politische Debatte auf die Herausforderungen und Bedürfnisse von Jugendlichen in Deutschland zu lenken.

setzung der EU - Jugendstrategie[2] eingebettet ist und sich als praktischer Beitrag der Umsetzung ihrer Kernziele versteht. Mit dem Modellprojekt sind in drei Bausteinen folgende Ziele verfolgt:

1. regionale Konzepte des Lernens durch grenzüberschreitende Mobilität zu entwickeln und Wege einer jugendpolitischen Verankerung des Anspruchs auf Mobilität zu beschreiten, **(Länderspezifische Entwicklungsinitiativen)**
2. Erkenntnisse über die erforderliche Fachkräftequalifizierung zur Steigerung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu gewinnen, **(Fachkräfteinitiative grenzüberschreitende Mobilität)**
3. gemeinsam mit verschiedenen Akteuren der nichtformalen und auch der formalen Bildung Mobilitätshindernisse für junge Menschen in den unterschiedlichen Formaten europäischer und internationaler Jugendarbeit zu identifizieren **(Interministerielle Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Mobilität)**

und exemplarisch Wege aufgezeigt worden, wie das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität umfassend forciert werden kann.

---

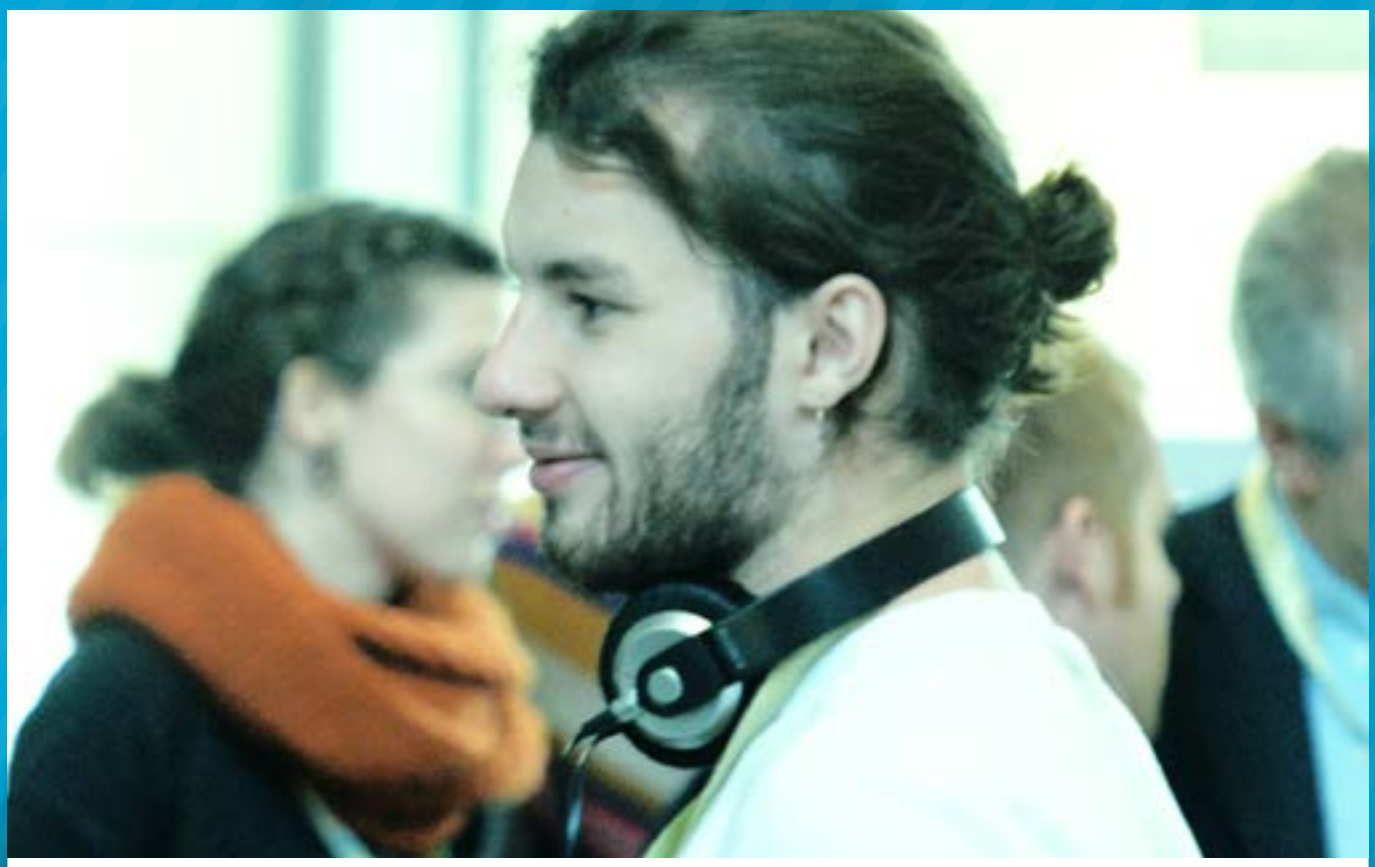
2 siehe auch: „fact sheet JUGEND für Europa“, 04.11.2011, „Die EU-Jugendstrategie 2010 – 2018“: Die Europäische Jugendstrategie zielt allgemein auf die Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung Jugendlicher, die Förderung der persönlichen Entfaltung, des sozialen Zusammenhalts und des gesellschaftlichen Engagements. Sie legt fest, mit welchen Zielen, in welchen Themenfeldern und mit welchen Instrumenten die Jugendpolitik in Europa bis 2018 vorangebracht werden soll. Die entsprechenden Ziele werden durch die Entwicklung und die Förderung von speziellen Initiativen im Jugendbereich sowie durch die durchgängige Berücksichtigung von Jugendbelangen in anderen Politikbereichen erreicht. An der Entwicklung der Europäischen Jugendstrategie waren neben den nationalen und regionalen Regierungen und den EU Institutionen Kommunen, Träger und Verbände sowie junge Menschen beteiligt.

Aufbau des Modellprojekts – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen

Das Modellprojekt – *Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen* wurde für eine Laufzeit von zwei Jahren konzipiert, um in Zukunft (mehr) jungen Menschen, unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung und Bildungsgrad (auch mit Hilfe professioneller Unterstützung) eine selbstverständliche Option auf Teilnahme an Maßnahmen des Lernens durch grenzüberschreitenden Lernmobilität zu ermöglichen. Die zentralen Zielsetzungen des Modellprojekts wurden jeweils mit Langzeitprozessen in drei Bausteinen,

1. den Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen,
2. der Fachkräfteinitiative grenzüberschreitende Mobilität und
3. der interministeriellen Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Mobilität

umgesetzt und bearbeitet, um förderliche oder hinderliche Faktoren des Lernens durch grenzüberschreitende Mobilität für junge Menschen und für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zu identifizieren, sie systematisch zu erfassen und exemplarische Strategien einer jugendpolitischen Verankerung des Lernens durch grenzüberschreitende Mobilität zu entwickeln. Nachfolgend werden die Aktivitäten in den drei Bausteinen, die jeweiligen Handlungsansätze und ihre Ergebnisse beschrieben.



Zur Umsetzung des Modellprojekts – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen

Baustein 1: Länderspezifische Entwicklungsinitiativen

In fünf Bundesländern – Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Baden-Württemberg- sind vier[3] Länderspezifische Entwicklungsinitiativen unter weitreichender Beteiligung öffentlicher und freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, der Träger formaler Bildung und der entsprechenden Fachressorts der Landesregierungen planerisch angestoßen und als Langzeitprozess umgesetzt worden. Alle beteiligten Bundesländer haben sich entschieden, die Diskussion länderspezifischer Fragestellungen zum Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität im Rahmen von größer angelegten Zukunftskonferenzen[4] zu führen.

Im Fokus der vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen standen landesrelevante Fragestellungen zum Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität, z.B. erweiterte Anstrengungen der Felder nichtformaler und formaler Bildung im Bundesland, die verbesserte Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund oder auch die Entwicklung einer Willkommenskultur für junge „Incomer“.

3 Berlin und Brandenburg haben den Prozess Bundesland übergreifend gemeinsam gestaltet.

4 nach dem Modell „future search“ von Sandra Janoff/ Marvin Weisbord; weiterführende Informationen unter http://www.futuresearch.net

Alle vier länderspezifischen Entwicklungsprozesse waren partizipativ angelegt und mit offener Einladung an alle Felder der nichtformalen und der formalen Bildung beworben worden. Alle vier Prozesse haben Handlungsempfehlungen bzw. differenzierte Handlungsplanungen zur verstärkten Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität in den jeweiligen Bundesländern ausgesprochen. Darüber hinaus waren landesspezifische Wege zu beschreiben und zu gehen, die Handlungsempfehlungen in den beteiligten Bundesländern jeweils in geeigneter Form jugendpolitisch zu verankern.

Mit den vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen sind vier themenzentrierte und von vielen Akteuren getragene Debatten der jeweiligen länderspezifischen Gelingensbedingungen/ Herausforderungen des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität geführt und zentrale Handlungsempfehlungen der Konferenzteilnehmenden herausgearbeitet worden. Zugleich wurden die Vorgehensweisen, die jeweiligen Handlungsempfehlungen zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität in den beteiligten Bundesländern jugendpolitisch abzusichern, diskutiert. Die jugendpolitische Verankerung der Handlungsempfehlungen wurde von den beteiligten Bundesländern als eigener Vorgang betrachtet, der unter Beachtung von Verfahren der repräsentativen Demokratie auf Länderebene anzustreben und nur mit großen Anstrengungen gleichfalls im Zeitrahmen des Modellprojekts umzusetzen ist.

In allen an den Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen beteiligten Bundesländern haben sich nach den Zukunftskonferenzen und z.T. auch über die Laufzeit des Modellprojekts hinaus verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen mit der Umsetzung und der jugendpolitischen Absicherung der Handlungsempfehlungen befasst. In einigen Bundesländern wurden Mandatsträger(-innen) im Rahmen von parlamentarischen Abenden oder vergleichbaren Veranstaltungen in die jugend-, bildungs- und europapolitischen Diskurse zur Lernmobilität junger Menschen eingebunden. Andere Bundesländer werden die gewonnenen Handlungsempfehlungen zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität im Rahmen regionaler Konferenzen mit Fachleuten der Kinder- und Jugendhilfe weiter diskutieren und konkrete Umsetzungen entwickeln. **Die Zielsetzungen, Aktivitäten und Ergebnisse der vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen im Einzelnen:**

Länderspezifische Entwicklungsinitiative Berlin/ Brandenburg

Berlin und Brandenburg als eine europäische Region haben sich entschieden, das Modellprojekt gemeinsam durchzuführen. Diese Entscheidung erfolgte auch vor dem Hintergrund, dass die beiden Länder bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie eng zusammenarbeiten. Das Ziel der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative Berlin/ Brandenburg war die Entwicklung von gemeinsamen Handlungsempfehlungen zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen in den Bundesländern Berlin und Brandenburg und die Verhinderung sozialer Ausgrenzung. Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe gem. §§ 11 – 13 SGB VIII wurden zielgerichtet zur Teilnahme an einer Zukunftskonferenz, die im Zusammenhang des Projektes stattfand, eingeladen.

Der weitere Prozess wurde maßgeblich aus der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie der Länder Berlin und Brandenburg gesteuert. Als Ergebnis wurden von den beiden Ländern und in Abstimmung mit den Stakeholdern für die Regionen Empfehlungen zur Förderung der Grenzüberschreitenden Mobilität junger Menschen in den Bundesländern Berlin und Brandenburg formuliert. Die Handlungsempfehlungen beziehen sich dabei auf die Ebene der jungen Menschen, der sozialpädagogischen Fachkräfte und der politischen Rahmenbedingungen.

Es ist nun geplant, die entwickelten Handlungsempfehlungen mit den Akteuren der öffentlichen und freien Träger in den beiden beteiligten Bundesländern zu diskutieren und Aktivitäten zur Mobilitätsförderung weiter auszubauen. Ein besonderer Fokus besteht in der Berücksichtigung und Unterstützung der kommunalen Ebene und bereits bestehender Strukturen. Die gemeinsam organisierten Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie und zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität werden fortgeführt. Zur Verbesserung der Wahrnehmung der europäischen/ internationalen Jugendarbeit haben die Länder Berlin und Brandenburg das Informationsportal „euroBBa“[5] eingerichtet, das als gemeinsame Plattform weiterentwickelt wird.

Länderspezifische Entwicklungsinitiative Sachsen-Anhalt

Das Ziel der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative Sachsen-Anhalt war die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität für alle jungen Menschen und die Weiterentwicklung des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zu einem aufnahmefreundlichen Land (Entwicklung einer Willkommenskultur). Unter dem Titel „Grenzenlos Lernen“ hat Sachsen-Anhalt eine breite Beteiligungskampagne der internationalen Jugendarbeit und der formalen Bildungsbereiche im Land installiert und den Prozess von Anfang an unter Beteiligung von Akteuren nichtformaler Bildung, Schule und Hochschule, beruflicher Bildung und Europabildung Sektor übergreifend aufgestellt.

Entwickelt wurden Handlungsempfehlungen zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen, die dieses Lernen zu einem Kernauftrag der nichtformalen und der formalen Bildung machen. Auf der Basis einer zu entwickelnden Querschnittspolitik „grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen“ soll ein Programm zur Kooperation von Landesressorts in Fragen der Lernmobilität entwickelt und eine ständige Arbeitsgemeinschaft „Kooperation Schule und internationale Jugendarbeit“ eingerichtet werden. Darüber hinaus ist das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität in einem politischen Diskurs (Tagung, parlamentarischer Abend, Landesgesetzgebung zur Förderung grenzüberschreiten der Mobilität) jugendpolitisch zu verankern. Im Rahmen der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative wurde die Hochschule Magdeburg - Stendal damit beauftragt, die IST-Situation von Strukturen und Angeboten der grenzüberschreitenden Lernmobilität in Sachsen-Anhalt insgesamt zu erfassen und zu bewerten.

5 Mehr Informationen: www.eurobba.de

Diese und weitere Zielsetzungen sind das Ergebnis der im November 2013 in Quedlinburg durchgeführten Zukunftskonferenz „Grenzenlos Lernen", an der insgesamt 60 Personen aus den Feldern Ausbildung und Arbeit, freie Träger der internationalen Jugendarbeit, Schulen und Hochschulen, Kommunen und Landkreise, Landesverwaltungen und junge Menschen teilgenommen haben. Die Teilnehmenden hatten sich darauf verständigt, dass die Maßnahmen einer jugendpolitischen Strategie dazu führen sollen, allen jungen Menschen in Sachsen-Anhalt das Lernen in internationalen Projekten zu ermöglichen und „Lernraum" Sachsen-Anhalt für Incomer zu stärken. Bis zum Laufzeitende des Modellprojekts hat das Bundesland Sachsen-Anhalt verschiedene Aktivitäten geplant, um die Kooperation von nichtformaler und formaler Bildung fortzusetzen, die Abgeordneten des Landtages sowie die Kommunalen Spitzenverbände stärker in einen jugendpolitischen Diskussions- und Gestaltungsprozess einzubeziehen und die Vernetzung der kommunalen Trägerebene zu fördern. Nach der Zukunftskonferenz „Grenzenlos Lernen" sind mit zahlreichen Folgeaktivitäten, u.a. einer parlamentarischen Begegnung im Mai 2014, bei der 23 Landtagsabgeordnete zu einem informellen Austausch mit Teilnehmenden der Zukunftskonferenz über die Projektentwicklungen und die Ergebnisse der Ist-Stand-Beschreibung diskutierten, wichtige Schwerpunkte für die zweite Phase der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Sachsen- Anhalt eingeleitet worden.

Länderspezifische Entwicklungsinitiative Niedersachen

Das Ziel der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative Niedersachen war, die Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen langfristig zu einer Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe zu machen. Die im Prozess angelegte Zusammenarbeit von nichtformaler und formaler Bildung sollte dazu genutzt werden, Zielgruppen verstärkt anzusprechen, die bislang in Mobilitätsmaßnahmen unterrepräsentiert sind wie z.B. die Zielgruppe „junge Menschen mit Migrationshintergrund". Grenzüberschreitende Lernerfahrungen sollen in Niedersachsen integraler Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe für alle jungen Menschen werden – mit diesem Ziel wurde der Prozess im Jahr 2013 von der Steuerungsgruppe eingeleitet. Grenzüberschreitende Mobilität wird von der Steuerungsgruppe als Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe definiert und soll als Querschnittsaufgabe weiter entwickelt werden. Die Zusammenarbeit von formaler und nichtformaler Bildung Sektor übergreifend aufzustellen, ist eine wichtige Gelingensbedingung dieses Vorhabens.

Ein zentrales jugendpolitisches Ziel war es, besonders jene Jugendlichen zu erreichen, die sozial benachteiligt sind und die über grenzüberschreitendes Lernen zusätzliche positive Lernerfahrungen machen können. Mit der Zukunftskonferenz Niedersachsen im Dezember 2013 in Aurich wurden 10 gemeinsame Ziele, Ideen, Projekte zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität junger Menschen in Niedersachsen beschrieben. So soll eine jugend- und bildungspolitische Debatte zur gleichwertigen Anerkennung von formaler und nichtformaler Bildung geführt werden, wie auch die Ressort-, Sektor- und Ebenen übergreifende Zusammenarbeit zur Gestaltung grenzüberschreitender Lernmobilität als Querschnittsaufgabe weitergeführt werden soll. Gemeinsame Fortbildungsangebote für die nichtformale Bildung und die formale Bildung sollen entwickelt werden und der Prozess der jugendpolitischen Verankerung der Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen über einen Informationsabend jugendpolitisch abgesichert werden.

Der Prozess in Niedersachsen hat u.a. deutlich gemacht, dass ein ganzes Bündel an Anstrengungen notwendig ist, um die Jugendmobilität europaweit zu steigern. Hier wurden funktionierende Netzwerke, lokale Beratungsstellen, stärkere Zusammenarbeit

zwischen Schule und außerschulischer Bildung, der politische Wille und gegenseitiger Respekt als Gelingensbedingungen genannt. Die Zukunftskonferenz „Jugend bewegt sich – mehr – grenzüberschreitende Lernerfahrungen“ in Niedersachsen hat erstmals in Niedersachsen Begegnung und Kooperation von Trägern der Jugendsozialarbeit, der kommunalen Jugendhilfe, der Jugendverbandsarbeit, der Vertreterinnen und Vertreter der formalen Bildung, der internationalen Jugendarbeit, dazu Aktive aus Migrantenselbstorganisationen, Verantwortlichen aus Verwaltungen und Jugendlichen auf Augenhöhe ermöglicht. Der große Erfolg war, dass es gelungen ist, unterschiedliche Perspektiven der nichtformalen und der formalen Bildung auszutauschen, sichtbar zu machen und gemeinsame Vorhaben zu entwickeln.

Länderspezifische Entwicklungsinitiative Baden-Württemberg

Das Ziel der Länderspezifischen Entwicklungsinitiative Baden-Württemberg war es, mit Praxiserfahrenen der internationalen Jugendmobilität, aber auch mit Jugendlichen selbst zu erörtern, wie Auslandsaufenthalte und internationale Austauschprogramme noch wirksamer werden und vor allem mehr Jugendliche als bisher im Bundesland erreichen können. Die Zukunftskonferenz „Jugendmobilität“ im Juli 2013 wurde durch eine Arbeitsgruppe von Expertinnen und Experten der internationalen Jugendbildung vorbereitet und begleitet. Für die Zukunftskonferenz selbst hat sich die Steuerungsgruppe auf eine Leitfrage verständigt: Was können wir tun, damit alle interessierten Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, an grenzüberschreitenden Mobilitätsprogrammen teilzunehmen? Um diese Frage gemeinsam mit den Konferenzteilnehmenden bearbeiten zu können, wurden acht relevante Themenfelder des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität von der Steuerungsgruppe ausgewählt, um am ersten Tag der Konferenz primär den bisherigen Einsatz von Instrumenten und gegenwärtig angewandten Maßnahmen im Bereich der internationalen Jugendarbeit mit anwesenden Expertinnen und Experten zu diskutieren. Darauf aufbauend wurden am zweiten Tag die Möglichkeiten für ein zukünftiges Vorgehen innerhalb des Arbeitsfeldes grenzüberschreitende Lernmobilität unter Beteiligung junger Menschen in den Fokus gestellt. Die Konferenzergebnisse wurden verdichtet, um Impulse für eine Weiterentwicklung von bestehenden Maßnahmen und Instrumenten zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität in der Region und auf Bundesebene zu beschreiben.

Mit der Zukunftskonferenz wurden fünf Rahmenbereiche grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen beschrieben, die in Baden-Württemberg jugend- und bildungspolitisch bedient werden sollten, um alle interessierten jungen Menschen an Programmen zur Lernmobilität teilnehmen lassen zu können: Aus Sicht der Konferenzteilnehmenden sind die Verbesserung der Information, die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Jugendmobilität an öffentlichen Schulen und bei Trägern der außerschulischen Jugendbildung, die weitreichende Vernetzung von Trägern der außerschulischen Jugendbildung, von Schulen und weiteren Akteuren der internationalen Jugendarbeit zu lokalen/ regionalen Bildungsnetzwerken, die deutlich verbesserte öffentliche Förderung von grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen insbesondere für bildungsferne Milieus und die flexible Gestaltung der Rahmenbedingungen für internationale Begegnungsformate/ Auslandsaufenthalte, angepasst an die Bedürfnisse von Jugendlichen mit und ohne besonderen Förderbedarf die zukünftigen Herausforderungen auf Landesebene.

Länderspezifische Entwicklungsinitiativen – Schlussfolgerungen und Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung[6]

Die vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen wurden wissenschaftlich begleitet mit dem Ziel, die Prozessumsetzung und die Wirkungen der Initiativen zu dokumentieren. Daraus waren auch Gelingensbedingungen herzuleiten für weitere, vergleichbare Länderspezifische Entwicklungsinitiativen in anderen Bundesländern. Die vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen – das ist eine zentrale Erkenntnis der wissenschaftlichen Begleitung – haben viele neue Ideen und Absichten im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung und Ausweitung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität befördert. Allerdings sind zielführende Prozesse in den beteiligten Bundesländern nicht mit ihrer Teilnahme am Modellprojekt abgeschlossen. Vielmehr wird letztlich die weitergehende Konkretisierung dieser Ideen und Absichten durch die Landespolitik und auch die pädagogische Praxis darüber entscheiden, ob die übergeordneten Ziele des Modellprojekts, eine verstärkte Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität und die jugendpolitische Verankerung der Prozessergebnisse auf Landesebene tatsächlich erreicht werden.

Dem Bericht[7] der wissenschaftlichen Begleitung der vier Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen lassen sich nachfolgende Schlussfolgerungen und Empfehlungen als Anregungen für Bundesländer entnehmen, die vergleichbare Länderspezifische Entwicklungsinitiativen zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität planen.

Jugendpolitische Impulssetzungen einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative für grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken zu planen, vorzubereiten und umzusetzen beinhaltet viel Potenzial für einen neuen jungendpolitischen Diskurs, der sowohl die Umsetzung der EU-Jugendstrategie als auch die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik im jeweiligen landespolitischen Kontext befördern und qualitativ weiterentwickeln kann. Vor allem können durch eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative neue Impulse gegeben werden, konkret mehr Möglichkeiten für Jugendliche zu schaffen, die bisher an grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen zu Lernzwecken, aus welchen Gründen auch immer, nicht partizipiert haben.

6 Aus: IKAB e.V., Hendrik Otten, Uwe Engfer und Sabine Hahn; Bericht über die wissenschaftliche Begleitung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen des Modellprojektes „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen“ Baustein 1, Bonn, Mai 2014; der Gesamtbericht ist zu finden unter www.jugendpolitikineuropa.de/

7 Aus: IKAB e.V., Hendrik Otten, Uwe Engfer und Sabine Hahn; Bericht über die wissenschaftliche Begleitung der Länderspezifischen Entwicklungsinitiativen des Modellprojektes „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen“ Baustein 1, Bonn, Mai 2014; der Gesamtbericht ist zu finden unter www.jugendpolitikineuropa.de/

Mobilität zum allumfassenden Querschnittsthema machen

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative bietet die Möglichkeit, das Thema Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken sowohl Akteur – als auch Bildungsbereich übergreifend als ein sowohl jugendpolitisch aktuelles wie auch zukunftsbezogenes wichtiges Querschnittthema mit großem Handlungsbedarf für neue und innovative Kooperationen zwischen den formalen Bildungsbereichen und den durch nicht-formales und informelles Lernen gekennzeichneten Bereichen der Jugendarbeit und Jugendhilfe ins öffentlich-politische Bewusstsein zu bringen und prioritär umzusetzen.

Internationalisierung/ Europäisierung der Kinder- und Jugendhilfe

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative zielt auch auf die notwendige weitere Europäisierung und Internationalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe im Land und bietet die Möglichkeit, das neue EU-Programm ERASMUS+ auch dafür landespolitisch zu nutzen. Eine Entwicklungsinitiative schafft gleichzeitig gute Grundlagen dafür, dass die Diskussionen, Maßnahmen und weiteren Arbeitsschritte auf allen Ebenen – vor allem auch auf der kommunalen – aufgegriffen und umgesetzt werden können. Eine Voraussetzung ist allerdings, dass neue Dialog- und Beteiligungsformen zwischen Praxis, Verwaltung und Politik landespolitisch gewünscht sind und strukturell etabliert und unterstützt werden.

Gleiche Partizipationschancen für junge Menschen schaffen

Es müssen gleichberechtigte Partizipationschancen der unmittelbar Betroffenen – junge Menschen – in diesem Beteiligungsprozess geschaffen werden. Dazu sind neben den „klassischen“ Jugendvertretungsgremien und Verbänden auch diejenigen Organisationen und Netzwerke einzubinden, die vor allem in Kontakt sind mit jenen jungen Menschen, die bisher weniger oder keine Zugänge zu Mobilitätsprogrammen finden konnten oder finden wollten. Die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten spielen nach den Erfahrungen aus dem Modellprojekt eine wesentliche positive Rolle im Prozess der Entwicklung und im Hinblick auf die Ermöglichung einer breiteren aktiven Beteiligung dieser Zielgruppen. Das Gleiche gilt für Handwerk und Wirtschaft, auch der Jugend- und Jugendberufshilfe, ohne deren Beteiligung keine substanziellen qualitativen und quantitativen Veränderungen des Status Quo zur Mobilität möglich sind.

Konzeptionelle Erfordernisse einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative kann nur dann erfolgreich sein und nachhaltig wirken, wenn sie zu Beginn landespolitisch abgesichert wird und eine spätere jugendpolitische Verankerung der Ergebnisse des Entwicklungsprozesses Ressort übergreifend vereinbart wird. Eine Beteiligung der verschiedenen Ressorts, die in irgendeiner Weise mit dem Thema „Jugend“ befasst sind, ist für eine Praxis relevante jugendpolitische Verankerung unabdingbar. Dies alles braucht angesichts der Komplexität der betroffenen Politik- und Handlungsfelder Zeit, vor allem für die Vorbereitung und Ausarbeitung des Länderspezifischen eines solchen Projektes. ...

Operative Erfordernisse einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative

Der gesamte Prozess einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative sollte von einer Steuerungs- oder Planungsgruppe begleitet werden, in der sowohl die verschie-

denen Politik- und Bildungsbereiche wie auch die verschiedenen Trägertypen und Jugendliche möglichst gleichwertig vertreten sind. Als sehr hilfreich hat sich das Vorhandensein organisatorisch-administrativer Unterstützung für den gesamten Prozess erwiesen. Es bietet sich an, auch auf vorhandene Expertise zurückzugreifen, die in den am Modellprojekt beteiligten Bundesländern erworben worden ist.

– Operative Erfordernisse einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative

Die Steuerungs- oder Planungsgruppe sollte weitgehend frei von bereits vorentschiedenen Vorgaben arbeiten können. Allerdings braucht es verbindliche gemeinsame Ziel-, Zeit- und Ressourcenvereinbarungen, die zu Beginn der Arbeit festgelegt werden sollten. Auch sollte vor Beginn des Prozesses allen zur Beteiligung in diesem Gremium Eingeladenen eindeutig klar sein, worauf sie sich einlassen werden. Möglichst wenig Fluktuation der Mitarbeitenden in diesem Gremium ist für einen effizienten Arbeitsprozess sehr hilfreich. Organisatorische Gestaltung und kommunikative Ausrichtung der Arbeit der Steuerungs- oder Planungsgruppe sollten sich an der konkreten Zusammensetzung der Gruppe orientieren, um einen offenen, aber zielgerichteten Diskurs zu ermöglichen.

– Datenerhebungen im Rahmen einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative zum Themenfeld „Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken“, braucht konkrete, auf das Land bezogene Daten zum Ist-Stand von Mobilität zu Lernzwecken in den betroffenen Politik- und Bildungsfeldern, um den gewünschten Soll-Zustand, die Zielvereinbarung, konkret einschließlich der zu ergreifenden Maßnahmen und zu gestaltenden Rahmenbedingungen planen zu können. Idealerweise liegen diese Informationen zu Beginn der Arbeit der Steuerungs- oder Planungsgruppe vor, was den gesamten Prozess je nach Datenlage in einem Bundesland um weitere ca. 6 Monate verlängern kann.

– Öffentliche Aufmerksamkeit für eine Ländersp. Entwicklungsinitiative herstellen

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative verdient von Beginn an öffentliche Aufmerksamkeit, weil im weitesten Sinn Neuland begangen wird und viele junge Menschen, aber auch Träger und potenzielle neue Akteure betroffen sind. Eine entsprechende Website, ein jugendgerecht gestaltetes Internetportal mit Links im ganzen Land oder auch die Nutzung anderer Kommunikationsformen von Jugendlichen beispielsweise können sehr viel Aufmerksamkeit und neues Interesse für das Themenfeld wecken.

– Würdigung einer Länderspezifischen Entwicklungsinitiative durch die Politik

Eine Länderspezifische Entwicklungsinitiative erfolgreich zu gestalten, bedarf auch eines großen Engagements aller Akteure. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Modellprojekt real eingeschätzt, entsteht dieses Engagement nur aus der Überzeugung für die Notwendigkeit von mehr Möglichkeiten für grenzüberschreitende Lernmöglichkeiten und für möglichst alle Jugendlichen und nicht aus vordergründigen institutionellen oder finanziellen Interessen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass in der ganzen Breite der Vielfalt der Träger, Organisationen und Verbände aus allen Bildungssektoren dieses Engagement eingegangen wird, wenn die Politik sich eindeutig positioniert und die Ernsthaftigkeit der Ziele der Entwicklungsinitiative im Hinblick auf nachhaltige Verankerung und Umsetzung der Ergebnisse kommuniziert.

Baustein 2: Fachkräfteinitiative grenzüberschreitende Mobilität

Mit der Fachkräfteinitiative des Modellprojekts Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen wurde ein besonderes Augenmerk auf Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe gerichtet. Um mehr junge Menschen zu Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität in den unterschiedlichen Formaten europäischer und internationaler Jugendarbeit zu motivieren, haben die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die entscheidende Aufgabe, Projekte der internationalen Jugendarbeit zu initiieren sowie Teilnehmende dabei zu unterstützen und zu begleiten.

Erfahrungsgemäß gelingt das Initiieren, Begleiten und Unterstützen junger Menschen beim Lernen durch grenzüberschreitende Mobilität (insbesondere auch von Zielgruppen, die bislang nicht erreicht wurden) umso besser, wenn Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe [8] selbst über Erfahrungen mit grenzüberschreitender Mobilität und internationaler Zusammenarbeit verfügen bzw. flankierend zu ihrer Tätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden. Kernziel der Fachkräfteinitiative grenzüberschreitende Mobilität war es, für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe bestehende Mobilitätshürden zu identifizieren und Eckpunkte einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zu formulieren.

8 Fachkräfte im Sinne dieser Fachkräfteinitiative sind diejenigen Fachkräfte, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe ehren- oder hauptamtlich tätig werden und Lernformate für junge Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität bereits gegenwärtig oder zukünftig anbieten, begleiten und durchführen. Die Mobilität dieser Fachkräfte soll u.a. durch entsprechende Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote erhöht, spezifische Mobilitätshindernisse beseitigt werden.

Da in Deutschland keine Kenntnisse der quantitativ vorhandenen Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität vorliegen, auch kein systematisch erfasstes Wissen über Wirkungen der bestehenden Fachkräftequalifizierungsmaßnahmen vorhanden ist bzw. Hinweise auf die erforderlichen Bedarfe an Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten aus der Perspektive der Fachkräfte selbst fehlen, wurden mit zwei Analysen erstmals Daten zu Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten im Bereich der Fachkräftemobilität erfasst und bewertet. Diese Datenbasis wurde von Expert(inn)en der Kinder- und Jugendhilfe, der internationalen Jugendarbeit und der Fachkräftequalifizierung im Rahmen von zwei Werkstattgesprächen diskutiert, um daraus die avisierten Eckpunkte einer Fachkräfteinitiative grenzüberschreitende Mobilität zu entwickeln.

Datenerhebungen[9] zur Fachkräftequalifizierung

Der Beschreibung von Eckpunkten einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Mobilität von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe ging eine Ist-Stand-Analyse bestehender Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität voraus. Umfangreiche qualitative Daten über Inhalte, Zugänge und Wirkungen dieser Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität ließen Erkenntnisse über Angebotsstrukturen, Rahmenbedingungen und Zugangshindernisse jeweils aus Sicht von 130 Anbietenden bzw. der erreichten Fachkräfte zu. Mit der parallel durchgeführten Bedarfsanalyse beschrieben 133 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe den fachlichen und persönlichen Bedarf an Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten zur Förderung ihrer Mobilität bzw. zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität. Da die Förderung der Mobilität von Fachkräften in einem engen Zusammenhang mit der Anbieterstruktur, dem jeweiligen Selbstverständnis, der Passgenauigkeit von Angeboten, den Rahmenbedingungen, den Ansprachestrategien, den Netzwerken und Partnerschaften sowie der Beseitigung von konkreten Mobilitätshindernissen steht, wurden diese zentralen Aspekte der Untersuchungen in Werkstattgesprächen von verschiedenen Expertengruppen in den Blick genommen.

Werkstattgespräche zur Entwicklung von Eckpunkten einer abgestimmten Strategie

9 Aus: Dr. Barbara Tham/ Ulrich Ballhausen: „Ist-Stand-Analyse und Bedarfsanalyse der Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen; Untersuchung im Rahmen des Modellprojekts Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen“, Bonn, November 2013; zu finden unter www.jugendpolitikineuropa.de/

Im Rahmen eines ersten Werkstattgesprächs im Januar 2014 diskutierten und bewerteten insgesamt 36 Expert(inn)en der Kinder- und Jugendhilfe, der internationalen Jugendarbeit und der Fachkräftequalifizierung die zentralen Ergebnisse der vorhergehenden Datenanalysen. Ergebnis dieser Diskussionen waren Thesen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen von Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten im Bereich der Fachkräftemobilität beschreiben. Mit einem zweiten Werkstattgespräch im März 2014 entwarfen die beteiligten Expert(inn)en Instrumente, Maßnahmen und Strukturen einer zukünftigen Fachkräftequalifizierung zur Förderung von Fachkräftemobilität, die grundlegende Änderungen bisheriger Rahmenbedingungen von Fachkräftequalifizierungen vorsehen und darin bestehenden Mobilitätshindernissen bereits entgegenwirken. Diese Instrumente, Maßnahmen und Strukturen der Fachkräftequalifizierung sind als zweite Quelle in die Eckpunkte einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Fachkräftemobilität eingeflossen.

Erkenntnisse aus der Textsynopse Mobilitätshindernisse

Eine weitere Erkenntnisquelle der Eckpunkte einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Fachkräftemobilität sind die im Rahmen der Textsynopse Mobilitätshindernisse (vorbereitende Arbeiten zum Baustein 3, Interministerielle Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen) aus der Literatur, aus Analysen, Berichten, Stellungsnahmen und wissenschaftlichen Untersuchungen herausgearbeiteten, spezifischen Mobilitätshindernisse von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe.

Adressaten der Eckpunkte einer Strategie der Fachkräftequalifizierung

Die aus drei Quellen gespeisten und im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses herausgearbeiteten Eckpunkte der abgestimmten Strategie zur Förderung der Mobilität von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sind an zwei Zielgruppen adressiert: Nationale und europäische Kinder- und Jugendpolitik soll die zur Förderung der Fachkräftemobilität beschriebenen politischen Rahmensetzungen der Eckpunkte aufgreifen und umsetzen. Die pädagogische Praxis der Fachkräftequalifizierung erhält Gestaltungsempfehlungen zukünftiger Mobilitätsmaßnahmen, die die Bedarfe von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe einschließt und auf eine strategischere Ausrichtung bestehender Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen[10] hinweist.

10 Hinweis zum Terminus Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen: Angelehnt an die begriffliche Unterscheidung in den durchgeführten Analysen werden unter Qualifizierungsmaßnahmen Seminare, Konferenzen, Trainings, Langzeitfortbildungen, Kontaktseminare, Praxisworkshops etc. für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe verstanden, die eher in Langzeitform und in der (internationalen) Gruppe themenzentrierte inhaltliche Auseinandersetzungen ermöglichen, während Unterstützungsangebote eher kurzzeitige Coachings, individuelle Beratungen und Prozessbegleitungen sind, die dazu beitragen, dass Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe Angebote grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen entwickeln und umsetzen können. Der besseren Lesbarkeit halber wird hier überwiegend der Begriff „Fachkräftequalifizierung“ verwendet. Er umfasst die Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität.

Baustein 2: Eckpunkte einer abgestimmten Strategie zur Fachkräftequalifizierung[11]

Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen von Fachkräftequalifizierungen durch politische Rahmensetzungen

Um die Fachkräftemobilität zu einem selbstverständlichen Qualifizierungselement im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu machen, empfiehlt das Eckpunktepapier verschiedene Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen derzeitiger Rahmenbedingungen der Fachkräftequalifizierung, die durch unterschiedliche Politikfelder umzusetzen sind. Das Kernelement der Diskussionen zur Weiterentwicklung der Fachkräftequalifizierung war das Erfordernis, die Fachkräftemobilität selbst und damit die Fachkräftequalifizierung zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität strategisch auszurichten. Folgende Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen sind durch verschiedene Politikfelder aufzugreifen.[12] Jugendpolitische Kernaufgaben:

11 Aus: Kleideiter, Giebel, Pirker, Jung, Kriege: „Eckpunktepapier einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Fachkräftequalifizierung Baustein 2, Bonn, Mai 2014; die Eckpunkte sind zu finden unter www.jugendpolitikineuropa.de/

12 Die umfassende Darstellung findet sich im „Eckpunktepapier einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Fachkräftequalifizierung“ unter www.jugendpolitikineuropa.de.

- **Lernmobilität als jugendpolitische Querschnittsaufgabe:**
  Nationale Jugendpolitik sollte das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu einer Kernaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe machen. Mehr Mobilität junger Menschen erfordert mehr Mobilität der Unterstützungsstrukturen. Die Fachkräftemobilität bedarf insofern einer institutionellen Verankerung und Sicherung durch die nationale Jugendpolitik.

- **Internationalisierung/ Europäisierung der Kinder- und Jugendhilfe:**
  Fachkräftequalifizierung durch Fachkräftemobilität sollte nicht mehr national betrachtet und durchgeführt, sondern von Anfang an international/ europäisch aufgestellt werden. Nationale und europäische Jugendpolitik sollte die Fachkräftequalifizierung durch Fachkräftemobilität zu einem wesentlichen Bestandteil der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe erklären und einen rechtlichen Rahmen setzen.

- **Strategische Ausrichtung der Förderinstrumentarien:**
  Nationale und europäische Jugendpolitik sollten die bestehenden Förderinstrumentarien zu einer gemeinsam abgestimmten Qualifizierungsinitiative für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe (nichtformale Bildung) ausrichten. Enthaltene Förderprioritäten und Förderschwerpunkte sollten so abgestimmt werden, dass daraus Synergieeffekte für die Fachkräftequalifizierung entstehen. Ziel der nationalen und europäischen Jugendpolitik sollte der Anspruch sein, allen (interessierten) Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe eine grenzüberschreitende Lernerfahrung zu ermöglichen.

  Kinder- und Jugendhilfeausschüsse sollten die Initiative zur Förderung von Fachkräftequalifizierung durch Fachkräftemobilität auf lokaler Ebene aufgreifen, die örtlich erforderlichen Maßnahmen unter Beteiligung von freien Trägern der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe diskutieren und örtliche Programme zur Förderung der Fachkräftequalifizierung durch Fachkräftemobilität beschließen.

- **Abbau bestehender Mobilitätshindernisse für Fachkräfte**
  Zur Aufhebung bestehender Mobilitätshindernisse für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe an Maßnahmen der Fachkräftemobilität sollten das BMFSFJ und die Europäische Kommission Konsultationsgespräche mit Expert(-inn)en für Fachkräftemobilität einrichten. Es sollten gemeinsam geeignete Instrumente und Maßnahmen entwickelt werden, um die indizierten Mobilitätshindernisse für Fachkräfte abzubauen.

  Nationale und europäische Jugendpolitik sollte rechtliche Regelungen hinsichtlich der Förderung von Fachkräftequalifizierungen schaffen, Regelungen der betrieblichen Freistellung und der Förderung der Sprachkompetenz von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe.

  Nationale Jugendpolitik sollte niederschwellige Zugänge zur Fachkräftequalifizierung schaffen. Um die Informationszugänge der Fachkräfte zu internationaler Fachkräftequalifizierung zu erleichtern, sollten bestehende Angebote der Fachkräftequalifizierung (auch) in einer gemeinsamen Datenbank gebündelt und transparent gemacht werden. Nationale und europäische Jugendpolitik sollte zu einer Kultur der Wertschätzung von Fachkräftequalifizierung im Bereich der Mobilität von Fachkräften beitragen.

- **Anerkennung und Sichtbarmachung der Fachkräftemobilität**
  Nationale und europäische Jugendpolitik sollten im Rahmen bestehender nationaler und europäischer Anerkennungssysteme die Anerkennung von Fachkräftequalifizierungen anregen und die Zertifizierung verbindlich machen. Verbunden mit der Anerkennung sollten auch die Lernwirkungen der Fachkräftemobilität sichtbar gemacht werden.

- **Sektor übergreifende Kooperation und Erasmus+:**
  Im Sinne der stärkeren Internationalisierung/ Europäisierung der Bildungsbereiche sollten nationale Jugendpolitik und nationale Bildungspolitik dazu beitragen, Träger der Kinder- und Jugendhilfe und Träger der formalen Bildung, die bislang weniger im Bereich des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität aktiv waren für dieses Aufgabenfeld zu gewinnen und zur Sektor übergreifenden Kooperation zu ermutigen. Damit könnten zugleich junge Menschen und Fachkräfte erreicht werden, die eher mobilitätsfern sind. Ein Prozess der Sektor übergreifenden Kooperation könnte durch die unter Erasmus+ förderbaren strategischen Partnerschaften flankiert werden. Nationale Förderhindernisse, sollten durch Sektor übergreifende Kooperationen reduziert werden.

Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen von Fachkräftequalifizierungen durch die pädagogische Praxis

Um die Fachkräftemobilität zu einem selbstverständlichen Qualifizierungselement im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu machen, empfiehlt das Eckpunktepapier verschiedene Instrumente, Maßnahmen und strukturelle Änderungen derzeitiger Rahmenbedingungen der Fachkräftequalifizierung, die bereits durch die pädagogische Praxis umzusetzen sind. Das Kernelement der Diskussionen zur Weiterentwicklung der Fachkräftequalifizierung war das Erfordernis, die Fachkräftemobilität passgenauer entlang der Fachkräftebedarfe auszurichten.

- **Internationalisierung/ Europäisierung der Fachkräftequalifizierung**
  Die pädagogische Praxis sollte die Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität von Anfang an international/ europäisch aufstellen und t die Erfordernisse internationaler Kooperation berücksichtigen. Bei der konzeptionellen Entwicklung werden die Bedarfe und Realitäten der beteiligten Partner berücksichtigt.

- **Fachkräftemobilität als Querschnittsthema**
  Die Dachorganisationen in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, der nichtformalen wie der formalen Bildung sollten das Feld der Fachkräftemobilität als Querschnittsaufgabe betrachten. Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität sollten so ausgerichtet werden, dass das vorhandene Wissen im Rahmen von Kommunikations-, Bedarfs-, Kompetenz-, und Vernetzungstransfers umfassend weitergegeben wird.

Die Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität sollten durch die pädagogische Praxis Sektor übergreifend aufgestellt werden. Ein vernetztes Entwickeln und Handeln der nichtformalen und der formalen Bildung im Feld der Fachkräftemobilität ermöglicht Synergieeffekte. Die Fachkräftemobilität sollte im Rahmen strategischer Partnerschaften so aufzustellen sein, dass sie über Erasmus+ europäisch angelegt und gefördert werden kann.

Um einen ortsnahen und niederschwelligen Zugang zu Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten im Bereich der Fachkräftemobilität zu erreichen, sollte die pädagogische Praxis u.a. durch die (lokale) Jugendpolitik motiviert werden, lokale Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln und diese an den Bedarfen vor Ort auszurichten. Bundesweit agierende Träger der Fachkräftequalifizierung sollten stärker auf kommunaler und Länderebene präsent sein, damit nachhaltige Synergien vor Ort entwickelt werden können.

Aufsuchende und beratende Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität eröffnen den Zugang zu unterrepräsentierten Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und ihren Fachkräften. Die päd. Praxis sollte gemeinsam mit ihren Dachverbänden nach niederschwelligen Wegen suchen, unterrepräsentierten Zielgruppen Zugänge zur Fachkräftemobilität zu verschaffen.

– Informationszugänge verbessern

Die Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität sollten insgesamt transparenter und leichter einsehbar angeboten werden. Die pädagogische Praxis sollte initiativ werden, eine zentrale Datenbank/ Schnittstelle zur Fachkräftequalifizierung aufzubauen und bereits bestehende Systeme zu nutzen. Bestehende Netzwerke in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sind bei der Werbestrategie für die Fachkräftequalifizierung strukturell zu nutzen.

– Passgenauigkeit im Bereich der Fachkräftemobilität herstellen

Die pädagogische Praxis sollte die vorhandenen Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität auf zielgruppenspezifische und -gerechte Angebote überprüfen.

Fachkräfte benötigen Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität, die die Rahmenbedingungen ihrer täglichen Arbeit möglichst berücksichtigen. Das heißt, dass diese eine kurze Abwesenheit berücksichtigen, erforderliche Bedarfe aufgreifen, die Kosten niedrig halten und möglichst ortsnah angeboten werden.

Die pädagogische Praxis sollte die Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität auf die jeweiligen Erfordernisse der Fachkräfte zuschneiden: Förderung der interkulturellen Kompetenz, Kenntniserwerb von bestehenden Strukturen, Verbesserung der Netzwerkarbeit, Diskurse zur politischen Bedeutung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität, Qualitätssicherungsbedarfe und Sektor übergreifende Lernfeldangebote.

Fachkräftequalifizierung und auch Fachkräftemobilität gelingen umso besser, je fundierter die Sprachenkenntnis ist. Language Literacy[13] sollte zu einem Qualitätsmerkmal und zur Profilbildung in der konkreten pädagogischen Praxis werden und mehr Aufmerksamkeit bekommen.

- Sicherung von Ressourcen:
  Für die Weiterentwicklung von Qualifizierungs- und Unterstützungsangeboten im Bereich der Fachkräftemobilität benötigt die pädagogische Praxis Ressourcen: Zeit, Personal, Geld, Raum für Experimentelles, langfristige Sicherheiten. Eine pädagogische Praxis ohne diese Ressourcen wird nicht bereit sein, in den Bereich der Fachkräftequalifizierung einzusteigen bzw. zur Weiterentwicklung beizutragen. Daher ist die pädagogische Praxis mit den erforderlichen materiellen Ressourcen auszustatten.

- Anerkennung und Sichtbarmachung der Fachkräftemobilität
  Die Wirkungen der Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität sollten gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik sichtbarer gemacht werden. Projektträger, Projektförderer und Fachpolitik sollten gemeinsam eine Strategie der Verbreitung und Verwertung bestehender Wirkungen der Fachkräftequalifizierung entwickeln.

Die bestehenden nationalen und europäischen Anerkennungstools im Feld des Lernens durch grenzüberschreitende Mobilität sollten von der pädagogischen Praxis auch für die Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Fachkräftemobilität verwendet werden. Diese Tools sind im Hinblick auf ihre Zertifizierungseignung für das Lernen von Fachkräften zu überprüfen und ggf. weiter zu entwickeln.

13 aus: UNESCO Education Sector Position Paper, "The Plurality of Literacy and its implications for Policies and Programs", 13. 2004. The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) defines literacy as the "ability to identify, understand, interpret, create, communicate and compute, using printed and written materials associated with varying contexts. Literacy involves a continuum of learning in enabling individuals to achieve their goals, to develop their knowledge and potential, and to participate fully in their community and wider society". The reader can attain full language literacy, which includes the abilities to approach printed material with critical analysis, inference and synthesis; to write with accuracy and coherence; and to use information and insights from text as the basis for informed decisions and creative thought.

Baustein 3: Interministerielle Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Mobilität

Mit dem Baustein 3, Interministerielle Arbeitsgruppe grenzüberschreitende Mobilität, des Modellprojekts grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen, wurde ein Dialogprozess verschiedener Ressorts auf Bundesebene angestrebt, mit dem Ziel, Lernmobilität als Bestandteil ganzheitlicher Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe aller jungen Menschen zu gestalten. Verbunden mit der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik des Bundes war das ursprüngliche Vorhaben, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten, die diese ressortübergreifende Verständigung über Rahmenbedingungen des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität herstellen sollte. Dazu wurden die für junge Menschen bestehenden Mobilitätshindernisse in den Bereichen der nichtformalen wie der formalen Bildung erstmals systematisch erfasst.

Mit fortschreitender Umsetzung des Modellprojekts Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen hat sich das BMFSFJ entschlossen, die gewonnen Erkenntnisse aus diesem Baustein u.a. als Grundlage einer Mobilitätsstrategie des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu nutzen. In diesem Zusammenhang sind dann auch die für junge Menschen bestehenden Mobilitätshindernisse zu bearbeiten. Viele lebenskontextbezogenen Mobilitätshindernisse junger Menschen sind im Rahmen alltäglicher pädagogischer Arbeit mit jungen Menschen durch die pädagogische Praxis aufzufangen, während bestehende strukturelle und gesellschaftliche Mobilitätshindernisse durch die zielgerichteten jugend-, bildungs- und sozialpolitischen Gestaltungen der Rahmenbedingungen des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität überwunden werden müssen.

Arbeitsgrundlage der Mobilitätsstrategie: Die Textsynopse Mobilitätshindernisse[14]

Grundlage der zu entwickelnden Mobilitätstrategie ist die Textsynopse Mobilitätshindernisse, mit der im Jahr 2013 die in der Literatur, in Analysen, Berichten, Stellungsnahmen und wissenschaftlichen Untersuchungen verschiedenster Institutionen und Träger beschriebenen Mobilitätshindernisse junger Menschen der letzten 6 Jahren erstmals systematisch erfasst und zusammengestellt wurden. Etwa 230 Fundstellen waren Grundlage der erstellten Textsynopse Mobilitätshindernisse. In dieses allein in Deutschland zur Verfügung stehende umfangreiche Material zum Thema Mobilitätshindernisse junger Menschen sind viele Textquellen aus EU-Mitgliedsländern, vom Europarat und dem Pool der European Youth Researcher aus praktischen Gründen am Ende nicht eingeflossen. Sie bestätigen jedoch entsprechende Mobilitätshindernisse in Feldern der nichtformalen Bildung in Europa. Die Textsynopse Mobilitätshindernisse bündelt die herausgearbeiteten Mobilitätshindernisse zu fünf Schwerpunktbereichen, in denen letztlich strukturelle und pädagogisch-praktische Mobilitätsförderung junger Menschen anzusetzen hat. Die Gliederung orientiert sich an dem im Rahmen der Empfehlung des EU-Jugendministerrats zur Förderung des Lernens junger Menschen entwickelten 11-Punkte-Plan. Die Autoren der Textsynopse Mobilitätshindernisse zeigen mit ihren Empfehlungen Maßnahmen, Instrumente und Strukturen der politischen wie der pädagogisch - praktischen Gestaltung von Mobilitätshindernissen auf und benennen sachliche Zuständigkeiten.

Individuelle/ lebenskontextbezogene Mobilitätshindernisse

Die Verfasser der Textsynopse Mobilitätshindernisse haben unter lebenskontextbezogenen Mobilitätshindernissen verschiedene individuelle Zugänge und Voraussetzungen der Teilnahme junger Menschen an grenzüberschreitenden Lernerfahrungen zusammengefasst, deren Ursache die individuellen Lebenslagen und Lebensmuster junger Menschen sind. Mehrfach erwähnt werden mangelndes Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, fehlende Lebensplanungsmuster von jungen Menschen aber auch deren Trennungsängste. Vielfach mobilitätshinderlich sind auch mangelnde fremdsprachliche und kommunikative Fähigkeiten der jungen Menschen, die sich im Zusammenhang von prekären Lebenssituationen noch verstärken. Zugleich wirken Milieu- oder Kultur determinierte Einstellungen und Haltungen junger Menschen der Bereitschaft entgegen, sich auf internationale Lernerfahrung in der Fremde einzulassen.

Die Verfasser der Textsynopse Mobilitätshindernisse geben zahlreiche Empfehlungen zur Überwindung dieser lebenskontextbezogenen Mobilitätshindernisse, die von der pädagogischen Praxis aufgegriffen werden könnten. Jugendhilfe, Schule, berufliche Bildung und Integrationshilfen stehen in einem direkten pädagogischen Bezug mit jungen Menschen. Sie sollten verstärkt mit jungen Menschen dahingehend arbeiten, dass deren individuelle und lebenskontextbezogene Mobilitätshindernisse zum Gegenstand der pädagogischen Auseinandersetzung gemacht werden.

Die für Jugend- und Bildungspolitik auf Bundes- und Landesebenen Verantwortlichen sollen die Förderung der individuellen Mobilität junger Menschen zu einer Kernaufgabe der nichtformalen und formalen Bildungsbereiche machen und der pädagogischen

14 Aus: Ulrich Ballhausen/ Dr. Hendrik Otten: Textsynopse Mobilitätshindernisse im Jugendbereich in Deutschland Baustein 3, Bonn, November 2013; die Textsynopse Mobilitätshindernisse ist zu finden unter www.jugendpolitikineuropa.de/

Praxis mit entsprechenden strukturellen Rahmenbedingungen Hilfen geben, die individuellen und lebenskontextbezogenen Mobilitätshindernisse zu überwinden.

Anbieterbezogene Aspekte

Unter anbieterbezogenen Mobilitätshindernissen sind von den Verfassern der Textsynopse zahlreiche Detailaspekte erfasst und gebündelt worden, die durch die Konzeption vorhandener Angebote grenzüberschreitender Mobilität entstehen. Nach wie vor besteht zuungunsten junger Menschen ein Informations- und Beratungsdefizit über Formen und Inhalte grenzüberschreitender Mobilität in den Bereichen der nichtformalen und der formalen Bildung. Die Kenntnisdefizite betreffen die Bereiche Strukturen, Angebote, Förderinstrumentarien und Potenziale grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen und offenbaren beispielsweise auch mangelnde Kapazitäten der Anbieter.

Pädagogische Fachkräfte sind hinsichtlich ihrer Vita und ihrer Schwerpunktsetzungen selbst oft keine „Modelle grenzüberschreitender Mobilität"; sie müssen sich oft strukturellen Schwierigkeiten beugen, wenn sie sich für das Feld grenzüberschreitende Mobilität qualifizieren wollen. Oft haben Anbieter der nichtformalen und der formalen Bildung keine internationalen Kooperationen entwickelt oder aufrechterhalten, weil dafür entweder keine Ressourcen zur Verfügung stehen oder Strukturen nur „eindimensional" angelegt sind. Insofern sind daraus keine Mobilitätsimpulse für die pädagogische Praxis zu erwarten.

In den untersuchten Textquellen wird auch deutlich, dass das vorhandene Fachpersonal zu wenig systematisch zur Umsetzung von Projekten und Lernfelder grenzüberschreitender Mobilität qualifiziert wurde. Entsprechende Angebote in den Bereichen der Qualitätssicherung, hier vor allem auch der Strukturqualität werden zu wenig wahrgenommen, nicht vorhandene Zeit- und Personalressourcen der Anbieter im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität sind ein Kernproblem der pädagogischen Praxis, wie auch die mangelnde Anerkennung und Wertschätzung des Engagements in den Feldern des Lernens durch grenzüberschreitende Mobilität durch Vorgesetzte.

Die Verfasser der Textsynopse Mobilitätshindernisse geben zahlreiche Empfehlungen, die insbesondere durch die pädagogische Praxis aufzugreifen sind, so etwa der systematische Abbau von Informationsdefiziten zum Lernen durch grenzüberschreitende Mobilität in Jugendhilfe, Schule, Hochschule und beruflicher Bildung verbunden mit einer gezielten Informationskampagne für grenzüberschreitende Mobilität.

Es wird auch vorgeschlagen, eine Informations- und Beratungsstrategie und damit verbunden die Einrichtung von verlässlichen Beratungsstrukturen zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität zu entwickeln und zu installieren, die verstärkt Schlüsselpersonen, z.B. Mobilitätsberater einsetzen. Aufgaben der Bundes- und Lan-

desministerien könnten sein, die praktische Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis grenzüberschreitender Mobilität durch eine gemeinsame Mobilitätsstrategie in den Bereichen nichtformaler wie formaler Bildung zu flankieren. In einem solchen Gesamtkonzept wären beispielsweise Elemente der Informationsarbeit, der Qualitätssicherung, der Kapazitätsbereitstellung, der Steigerung der intrinsischen Motivation von Fachkräften, des Aufbaus von Netzwerkstrukturen und der fortlaufenden Qualitätssicherung der Angebote nichtformaler wie formaler Bildung zu beschreiben und Grund zu legen. Um die spezifischen, anbieterbezogenen Mobilitätshindernisse zu beseitigen, wird das Ziel sein, in der pädagogischen Praxis, flankiert durch jugend- und bildungspolitische Entscheidungen, das Lernen junger Menschen durch Mobilität als ein Leitbild der pädagogischen Arbeit festzuschreiben.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die Verfasser der Textsynopse Mobilitätshindernisse haben etliche Mobilitätshindernisse identifiziert, die aufgrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen entstehen. Dabei handelt es sich, zusätzlich zu den bereits an anderer Stelle erwähnten Faktoren um Hindernisse, die entstehen durch ungleiche Zugänge und Orientierungen zu Mobilität, durch ungleiche ökonomische Rahmenbedingungen, Bildungsbenachteiligungen und lebensräumliche/ geografische Benachteiligungen im Kontext von Mobilitätszugängen. In diesem Zusammenhang haben auch gut gemeinte Sonderprogramme zur Förderung von Mobilität möglicherweise eher kontraproduktive Wirkung. Es wird deutlich, dass ein wesentliches jugendpolitisches Ziel auf nationaler und europäischer Ebene sein muss, Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen bei den Zugängen zu grenzüberschreitender Mobilität herzustellen. Eine gezielte Mobilitätsförderung muss daher die Lebensrealitäten der (benachteiligten) jungen Menschen, ihre entsprechenden Kompetenzen und auch die pädagogischen Rahmenbedingungen der Träger berücksichtigen.

Derzeit fehlen unter den vielen mittelschichtsorientierten Formaten und Angeboten grenzüberschreitender Mobilität vor allem solche Angebote, die die spezifischen Anliegen junger Menschen mit Benachteiligungen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist als Mobilitätshindernis der häufige Wegfall nationaler Transferleistungen für die jungen Menschen zu nennen, die an langzeitpädagogischen Maßnahmen im Ausland teilnehmen möchten, wie es auch für junge Menschen im SGB-Leistungsbezug unmöglich ist, ein Praktikum im internationalen Ausland zu machen.

Deutlich wird auch, dass die spezifisch pädagogischen Wirkungen und Erfolge grenzüberschreitender Mobilität im Kontext nichtformaler Bildung nach wie vor oft unbekannt sind und keine Anerkennung der Lernergebnisse aus internationalem Lernen bezogen auf die Anerkennung und Anrechnung im Kontext formaler Bildungsabschlüsse passiert, was vermutlich auch damit zu tun hat, dass die Anerkennungssysteme der nichtformalen Bildung unbekannt sind.

Die zur Erstellung der Textsynopse Mobilitätshindernisse untersuchten Analysen, Berichte, Stellungnahmen und wissenschaftlichen Untersuchungen machen vor allem deutlich, dass das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität in den bestehenden Curricula der nicht formalen wie auch der formalen Bildung nicht ausreichend berücksichtigt ist, dass auch berufliche Ausbildung bislang nicht international/ europäisch ausgerichtet ist, wie auch die Realisierung eines europäischen Hochschulraumes noch viele Anstrengungen erfordert. Weitere, systemisch begründete Mobilitätshindernisse entstehen in der mangelnden Vernetzung lokaler, regionaler und

nationaler Ebenen, der weitgehend fehlenden Sektor übergreifenden Zusammenarbeit von formaler und nichtformaler Bildung zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität wie auch in den nicht abgestimmten nationalen und europäischen Förderprogrammen.

Als ein ebenfalls wichtiges Mobilitätshindernis werden in der Literatur die nicht ausreichend entwickelte Forschung im Bereich der nichtformalen Bildung in Bezug auf grenzüberschreitende Mobilitätsprogramme genannt, die fehlenden Studien zu den Wirkungen nichtformaler Bildung und in diesem Zusammenhang der zu wenig ausgeprägte gegenseitige Wissenstransfer von Forschung und Praxis.

Betrachtet man die Gestaltungserfordernisse gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zur Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität, so deuten viele Hinweise in der Literatur bereits daraufhin, die Zugänge zu den Angeboten grenzüberschreitender Mobilität Zielgruppen anzupassen, grundsätzlich zu vereinfachen und mit Hilfe von Mobilitätslotsen beispielsweise zu organisieren und strukturell abzusichern.

Ausgehend von der Grundannahme, dass das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität einen Mehrwert an sich hat, sind passgenaue Angebote unter Beseitigung der vorstehend genannten Mobilitätshindernisse jugend-, bildungs- und sozialpolitisch zu diskutieren und zu gestalten. Es müssen gesetzliche Regelungen folgen, die einfachere, flexiblere und nachvollziehbare Lösungen für die Sicherung von Sozialleistungen mobilitätswilliger junger Menschen beinhalten, wie auch darüber hinaus ein chancengleicher Zugang aller jungen Menschen zu grenzüberschreitender Mobilität möglich sein muss.

Alle Bereiche der nichtformalen und der formalen Bildung sollten, bei zunehmend internationaler/ europäischer Ausrichtung von Bildung, Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität entwickeln und anbieten. Zugleich muss eine systematische Wirkungsforschung zum Lernen durch grenzüberscheitende Mobilität installiert werden, wie auch die Qualifizierung von Fachkräften der nichtformalen wie auch der formalen Bildung im Bereich des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu einer zentralen jugend- und bildungspolitischen Aufgabe werden muss. Die Fachkräfteinitiative, Baustein 2 des Modellprojekts, gibt in diesem Zusammenhang ganz viele konkrete Hinweise auf politisch (wie auch durch die pädagogische Praxis) zu gestaltende Instrumente, Maßnahmen und Strukturen.

Strukturelle Aspekte

Unter strukturell bestehenden Mobilitätshindernissen sind von den Verfassern der Textsynopse Mobilitätshindernisse Aspekte erfasst und gebündelt worden, die im Zusammenhang der Förderprogramme, der finanziellen und auch rechtlich-administrativen Rahmenbedingungen des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität bestehen. Genannt werden in diesem Zusammenhang auch die nicht durchgehend vorhandene Öffnung lokaler, regionaler und nationaler Förderprogramme, die fehlenden Sektor übergreifenden Programme oder der zu hohe bürokratische Aufwand zur Beantragung öffentlicher Fördermittel, wie auch die Begrenzungen durch die Förder- und Programmbedingungen selbst.

Die Literatur beschreibt die fragilen Strukturen in der mangelnden Kontinuität und die nicht vorhandenen zeitlichen Ressourcen der Träger der nichtformalen wie der formalen Bildung, aber auch die in Deutschland bestehende starke sektorale Ausrichtung der Bildungsbereiche, die mangelnde strukturelle Integration von Mobilitätskonzepten

in die bestehende Jugendhilfeplanung wie auch die mangelnde interkulturelle Öffnung von Institutionen. Nach wie vor sind die Einreiseregelungen (Visa, Aufenthaltsgenehmigungen) unter nationalstaatlichen Rechtslagen mobilitätshinderlich und schwierig, wie auch der Rechtsstatus von Internationalen in Lernkontexten vielfach unklar ist oder Schwierigkeiten bei sozialversicherungsrechtlichen Beurteilungen und Einordnungen entstehen.

Voraussetzungen für die Teilnahme junger Menschen an grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen sind auch eine ausreichend vorhandene finanzielle Ausstattung der Projekte und Maßnahmen grenzüberschreitender Mobilität durch öffentliche Förderprogramme und damit ein, den finanziellen Rahmen betreffender, niedrigschwelliger Zugang der jungen Teilnehmenden. Deutlich wird, dass bei entsprechenden Ablehnungsquoten insgesamt zu wenig öffentliche Fördermittel zur Verfügung stehen, um den prinzipiell bestehenden Bedarf bedienen zu können.

Empfohlen wird daher die Sektor übergreifende Zusammenarbeit der nichtformalen und der formalen Bildung zugunsten einer komplementären Wirkungsentfaltung der Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität. Öffentliche Förderprogramme sollten vereinfacht und an die unterschiedlichen Bedarfe junger Menschen angepasst werden. In diesem Zusammenhang sollte der erforderliche bürokratische Aufwand durch die Träger reduziert werden. Die Einreiseerlaubnisse sind unter dem Gesichtspunkt des Lernens junger Menschen einfach zu erteilen und Visumsgebühren abzuschaffen, wie auch die zahlreichen Statusfragen von kurzzeit- und langzeitpädagogischem Lernen im Ausland sozialrechtlich zu Gunsten der vielen lernwilligen jungen Menschen zu klären sind.

Politisch gesellschaftliche Aspekte

Ergänzend zu den bisher angeführten Mobilitätshindernissen, und diese verstärkend, lassen sich aus der Literatur einige Aspekte herausfiltern, die eine besondere Schnittmenge zur politisch- gesellschaftlichen Gestaltung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität haben. In diesem Kontext wird als Mobilitätshindernis die nicht ausreichend entwickelte Kultur der Anerkennung von Vielfalt und Differenz genannt, die deshalb auch keine ausgesprochene Willkommenskultur für ein grenzüberschreitendes Lernen junger Menschen in Deutschland befördert hat. In diesem Zusammenhang spielt die mangelnde Unterstützung der Mobilität von Menschen mit Migrationshintergrund auf nationalstaatlicher Seite (Integration und Mobilität werden primär als Gegensatz verstanden) eine Rolle.

Eine Differenz politisch-gesellschaftlicher Integration für spezifische Gruppen zeigt sich im weitgehenden Ausschluss junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Bereichen des Lernens durch grenzüberschreitende Mobilität und in den Zugängen zu den bestehenden Fördermöglichkeiten für Träger aus dem migrantischen Umfeld. Wie bereits erwähnt, fehlen die politischen Entwicklungspläne in kommunalen und regionalen Bereichen. Auch die politischen Zusagen im Bereich der Anerkennung von grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen zu Lernzwecken und deren tatsächliche Anerkennungsrealität ist ein Mobilitätshindernis. Dass sich insbesondere auch andere gesellschaftliche Akteure als der Bildungssektor engagieren sollten, wie beispielsweise die Wirtschaft, soll nur am Rande erwähnt werden.

Es wird daher empfohlen, die vorwiegend (noch) national geführten Bildungsdebatten zur praktischen Umsetzung der EU-Jugendstrategie zu internationalisieren und zu europäisieren. Es sollte in einem konzertierten Prozess eine Sektor übergreifende Mobilitätsstrategie entwickelt werden, mit der lokale, regionale, landes- und bundesweite Entwicklungspläne für mehr Mobilität junger Menschen beschrieben, und jugend- und bildungspolitisch flankiert, umgesetzt werden.

Fazit/Schlusswort

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat mit dem Modellprojekt Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen in mehreren Feldern der formalen und der nicht formalen Bildung, in verschiedenen Bundesländern und im Bereich der Fachkräftemobilität wichtige Anstöße für jugendpolitische Debatten erzeugt, die hinsichtlich einer systematischen Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität eine neue Qualität erkennen lassen.

Das Modellprojekt Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen hat die Wahrnehmung des Themas Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken in den verschiedenen Bildungsbereichen deutlich erhöht und die Einschätzung, dass ein großer jugend- und bildungspolitischer Handlungsbedarf besteht, wenn das Ziel erreicht werden soll, allen jungen Menschen eine Lernerfahrung durch grenzüberschreitende Mobilität zu ermöglichen.

Die zahlreichen Handlungsempfehlungen des Modellprojekts in Richtung Jugend- und Bildungspolitik, aber auch an die pädagogische Praxis, sind eine gute Gestaltungsgrundlage zukünftiger Lernmobilität junger Menschen im Rahmen der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik des Bundes- auch in Verbindung zur Umsetzung von Themenfeldern der EU-Jugendstrategie.

Deutlich wird auch, dass das Modellprojekt in Fragen der Lernmobilität junger Menschen zur engeren Kooperation von nicht-formaler und formaler Bildung und auch der vielen Felder der Kinder- und Jugendhilfe, die z.T. keinerlei Berührung und Erfahrung mit grenzüberschreitenden Mobilitätsangeboten für junge Menschen haben, beigetragen hat. Nur gemeinsam, Sektor übergreifend, das ist eine zentrale Erkenntnis, werden sich letztlich systematische Erfolge der Förderung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität erzielen lassen.

Die verschiedenen Konferenzen und Werkstattgespräche in den einzelnen Bausteinen des Modellprojekts haben gezeigt, dass es den Bedarf zum Erfahrungsaustausch und zur Kompetenzbündelung im Bereich der Förderung der Lernmobilität junger Menschen Sektor übergreifend gibt. Die durch das Modellprojekt erstmals entstandenen Kooperationsstrukturen sollten weiter genutzt und möglichst institutionell gesichert werden. Mit dem Förderprogramm Erasmus+ JUGEND in Aktion können erstmals strategische Partnerschaften systemisch gefördert werden; davon sollte in der praktischen Ausgestaltung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität deutlich mehr Gebrauch gemacht werden.

Das Modellprojekt hat mit seinen drei Bausteinen im Prozess der jugendpolitischen Gestaltung des Lernens junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität neue Beteiligungsformen von Politik, pädagogischer Praxis und Verwaltung initiiert und das Bewusstsein für die gemeinsam getragene jugendpolitische Gestaltung von Lernmobilität geschaffen. Dieser Prozess hat gezeigt, welches Potenzial darin streckt, gleichberechtigt miteinander zu arbeiten und voneinander zu lernen. Dies wird ein wichtiger, nachhaltiger Nutzen des Modellprojektes sein.

Auch wenn das Modellprojekt auf eine zweijährige Umsetzung begrenzt wurde, müssen die Prozesse der (noch ausstehenden) jugendpolitischen Verankerung der Handlungsempfehlungen einzelner Bausteine des Modellprojekts weiter vorangetrieben werden, da in der jugendpolitischen Absicherung das eigentliche Innovationspotenzial des Modellprojektes liegt. Der jugend- und bildungspolitische Anspruch, das Lernen junger Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität zu fördern, ist mit dem Modellprojekt nicht abgeschlossen. Mit der Entwicklung einer Mobilitätsstrategie ergreift das BMFSFJ die erforderliche weitergehende Initiative.

Weitergehende Informationen

Informationen zur europäischen Jugendpolitik:
- www.jugendpolitikineuropa.de

Informationen zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie:
- www.jugendhilfeportal.de
- www.jugendpolitikineuropa.de

Informationen zur jugendpolitischen Initiative „JIVE. Jugendarbeit International – Vielfalt erleben“:
- www.jive-international.de

Informationen zur Eigenständigen Jugendpolitik:
- www.bmfsfj.de/kinder-und-jugend

Ihr Kontakt im Modellprojekt – Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen

Projektleitung
Christof Kriege
Tel.: 0228 9506-290
kriege@jfemail.de

Maria Schwille
Tel.: 0228 9506-126
schwille@ijab.de

Sachbearbeitung
Maite Ulazia
Tel.: 0228 9506-291
ulazia@jfemail.de